

# GÖD

Gesundheitsgewerkschaft



ILLUSTRATION: GETTY IMAGES

## Vor der Nationalratswahl: Antworten auf eure Fragen

Die wahlwerbenden Parteien der kommenden Nationalratswahl beantworten eure Fragen zur Zukunft der Arbeit im Gesundheitswesen.

+++ OFFENER BRIEF ZUR SCHWERARBEITSVERORDNUNG +++ WEBINARE FÜR ELTERN +++



## VORWORT



**Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen!**

**A**m 29. September findet die Nationalratswahl in Österreich statt. Damit werden auch die Weichen für eine zukünftige Ausrichtung des Gesundheits- und Pflegesystems gestellt. Wir haben in den letzten fünf Jahren die schwierigste Zeit in unseren Bereichen abuarbeiten gehabt, die es jemals gab. Und es wird nicht einfacher werden! Daher haben wir die fünf brennendsten Forderungspunkte, die du als Mitglied der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft oder des Yunion-Team Gesundheit auf unserer Plattform „Von Beruf Mensch“ abgestimmt hast, an die bundesweit wahlwerbenden Parteien gesendet und um Antwort für euch gebeten. Vorweg möchte ich sagen, dass die Antworten auf unsere Fragen mich zum Teil überrascht haben. Das beginnt schon mit der Tatsache, dass manche Parteien den Inhalt der Fragen einfach ignoriert haben und oft gehörte, politische Stehsätze eingefügt haben. Wir haben zum Beispiel explizit für ALLE Angehörigen der Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe gefragt und Antworten mit deutlichem Schwerpunkt auf den Bereich des Pflegepersonals bekommen. Der Rest wird von den Parteien kaum beleuchtet, obwohl der Personalmangel und die Problematik in diesen anderen Berufsgruppen absolut vergleichbar sind. Die Gruppen sind einfach kleiner und daher nicht so sehr im Fokus der Politik. Wir werden keine Wahlempfehlung abgeben. Selbstverständlich nicht! Gewerkschaftsarbeit ist politisch neutral – was nicht zu verwechseln ist mit unpolitisch. Die Fragen wurden an alle bundesweit antretenden Wahlwerber:innen gesendet

und jeder hatte gleich viel Zeit zu antworten. Die FPÖ hat es vorgezogen, keine Antworten zu den Fragestellungen eurer Themen und Inhalte zu senden. Das nehmen wir zur Kenntnis, die Schlüsse daraus muss jeder für sich ziehen.

Was gibt es noch in dieser Ausgabe: Wir haben dem Gesundheitsminister einen offenen Brief geschrieben, um ein letztes Mal in seiner Regierungszeit darauf aufmerksam zu machen, dass die Gesundheits- und Pflegeberufe in der Schwerkverordnungsverordnung systemisch benachteiligt werden. Bis zum Redaktionsschluss haben wir (wie so oft in der Amtszeit von Mückstein/Rauch) keine Antwort bekommen. Die #schwerarbeitsmusshertour, die ich gerade durch unsere Betriebe mache, läuft ausgezeichnet, einen Bericht darüber gibt es in der nächsten Ausgabe.

Und wir haben ein neues Angebot für werdende Eltern entwickelt. Unsere Spezialistin der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft Sabine Neunteufl wird für Mitglieder Online-Vorträge zum Thema Elternschaft anbieten. Ein erster Termin steht bereits fest, weitere werden folgen – informiert euch bitte über unseren Newsletter!

Wenn du auch informiert sein willst, melde dich bitte unter [gesundheitsgewerkschaft@goed.at](mailto:gesundheitsgewerkschaft@goed.at) zum Newsletter an.

Herzlich Dein

Reinhard Waldhör  
Vorsitzender der  
GÖD-Gesundheitsgewerkschaft  
[gesundheitsgewerkschaft@goed.at](mailto:gesundheitsgewerkschaft@goed.at)

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:  
28. 11. 2024**

# Offener Brief an Bundesminister Johannes Rauch

Zum letzten Mal in der aktuellen Regierungsperiode hat sich die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft an Bundesminister Johannes Rauch gewandt, um in der Schwerarbeitsverordnung eine Gleichbehandlung mit anderen Berufsgruppen zu fordern.

180 Stunden schwere Arbeit im Monat. Diese müssen Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen aktuell leisten, um einen sogenannten „Schwerarbeitsmonat“ offiziell anerkannt zu bekommen. In zahlreichen anderen Berufsgruppen reichen dagegen 120 Stunden im gleichen Zeitraum aus.

Diese Ungleichbehandlung prangert Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft, in einem offenen Brief an Bundesminister Johannes Rauch an. Darin fordert er den Minister auf, die Schwerarbeitsverordnung im Sinne der Gleichbehandlung zu reformieren.

Das Schreiben mit dem ausführlichen Appell ist nebenstehend abgedruckt.



GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST  
GÖD-Gesundheitsgewerkschaft  
Vorsitzender: Reinhard Waldhör  
1010 Wien, Teinfaltstraße 7  
E-Mail: [gesundheitsgewerkschaft@goed.at](mailto:gesundheitsgewerkschaft@goed.at)  
Tel.: 01/53454-710

Herrn **Bundesminister** DSA Johannes Rauch

Wien, am 16. August 2024

**Betreff: Ungleichbehandlung in der Schwerarbeitsverordnung für Gesundheits- und Pflegeberufe**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rauch,

Im Namen der Mitglieder der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft wenden wir uns heute an Sie, um zum wiederholten Mal auf eine schwerwiegende Ungerechtigkeit in der derzeitigen Schwerarbeitsverordnung aufmerksam zu machen, die insbesondere die Gesundheits- und Pflegeberufe betrifft. Diese Berufe, die einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, werden durch die aktuelle Regelung stark benachteiligt, und wir fordern eine umgehende Korrektur dieser Ungleichbehandlung.

Nach den derzeitigen Bestimmungen müssen Beschäftigte in vielen Berufsgruppen 120 Stunden schwere Arbeit pro Monat leisten, damit dieser Monat als Schwerarbeitsmonat anerkannt wird. Für die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen jedoch gelten strengere Maßstäbe: Sie müssen 180 Stunden schwer arbeiten, um dieselbe Anerkennung zu erhalten. Das entspricht einem Drittel mehr Arbeitszeit - eine unzumutbare Mehrbelastung für diese ohnehin stark geforderten Berufsgruppen.

Pflegekräfte und medizinisches Personal sind tagtäglich mit physischen und emotionalen Herausforderungen konfrontiert, die häufig über das hinausgehen, was in anderen Berufen als schwerwiegend erachtet wird. Der ständige Umgang mit kranken und pflegebedürftigen Menschen, die immense Verantwortung für deren Wohlergehen sowie der oft herrschende Zeitdruck und Personalmangel stellen enorme Belastungen dar. Es ist unverständlich und nicht hinnehmbar, warum diese Berufe mehr Arbeitsstunden erbringen müssen, um dieselbe Anzahl von Schwerarbeitsmonaten zu erreichen wie Beschäftigte in anderen Bereichen. Diese Mehrbelastung widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung und ist inakzeptabel.

Im Namen der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordern wir Sie, Herr Gesundheitsminister, dringend auf, diese Ungleichbehandlung umgehend zu beenden. Es ist unerlässlich, die tatsächliche Belastung der Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen und die monatliche Bemessung von tageweiser Betrachtung auf eine stündliche mit 120 Stunden für alle Berufsgruppen umzustellen.

Eine gerechte Regelung würde nicht nur den Betroffenen zugutekommen, sondern auch ein klares Signal der Wertschätzung für jene Berufe setzen, die in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Die Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen leisten tagtäglich einen unschätzbaren Beitrag für das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Diese Arbeit sollte nicht nur respektiert, sondern auch in den gesetzlichen Regelungen angemessen berücksichtigt werden.

Daher appellieren wir an Sie, sich dieser Thematik noch in dieser Legislaturperiode anzunehmen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Schwerarbeitsverordnung im Sinne der Fairness und Gerechtigkeit zu reformieren.

Wir werden diesen Brief veröffentlichen, um auch in der Öffentlichkeit auf diese dringende Notwendigkeit hinzuweisen. Die Zeit für eine faire und gerechte Anpassung der Schwerarbeitsverordnung ist gekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Waldhör  
Vorsitzender GÖD-Gesundheitsgewerkschaft

# Fragenkatalog zur Nationalratswahl an die Parteien



Vor der Nationalratswahl haben die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und das Yunion-Team Gesundheit ihre Mitglieder abstimmen lassen: Welche politischen Themen bewegen sie mit Blick auf ihre berufliche Zukunft besonders? Die fünf meistgestellten Fragen haben die Gewerkschaften anschließend den Spitzenkandidat:innen der wahlwerbenden Parteien gestellt. Diese konnten sich auf gleich zwei Arten äußern: Mit den Emojis Daumen hoch, Daumen runter oder einem seitlich ausgestreckten Zeigefinger konnten sie Zustimmung, Ablehnung oder ein Abwägen signalisieren. Anschließend erhielten sie Raum für eine ausführlichere Stellungnahme.

**1** **Konsequente Anpassung der Leistung an den Personalstand in Kliniken und Pflegezentren: Der Personalmangel in Kliniken und Pflegezentren führt täglich zu Überlastung und Stress für die Beschäftigten. Stimmen Sie zu, dass dieser Personalmangel rasch behoben werden muss, um die Überlastung der Kolleg:innen zu reduzieren? Wenn ja, wie planen Sie, dies umzusetzen?**

-  ÖVP, SPÖ, Grüne, NEOS, KPÖ, Bierpartei, KEINE
-  FPÖ
-  Petrovic

**ÖVP:** Unser Ziel ist, den Pflegeberuf massiv zu entlasten und für Neueinsteiger attraktiver zu gestalten. Es ist ein enorm herausfordernder Beruf und wir können uns in Österreich glücklich schätzen, dass so viele Menschen mit Idealismus und Hingabe zum Wohle der Menschen den Beruf ausüben. Der Personalmangel ist eine der größten Herausforderungen im System derzeit und wir müssen hier rasch und effektiv gegensteuern. Wir wissen, dass wir in Österreich bis 2030 zehntausende zusätzliche Fachkräfte in der Pflege brauchen. Wir haben uns deshalb schon in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass Menschen

finanziell unterstützt werden, die in Pflegeausbildungen einsteigen wollen. Das Pflegestipendium hat den Einstieg viel attraktiver gemacht und das hohe Interesse zeigt auch, dass es eine wirksame Maßnahme ist. Mit der größten Gesundheits- und Pflegereform seit Jahrzehnten investieren wir bis 2028 rund 11 Milliarden Euro zusätzlich in die Gesundheit und Pflege unserer Bevölkerung. Damit werden zusätzliche Kassenstellen geschaffen und Spitäler reformiert. Trotzdem werden wir vermehrt Personal aus dem Ausland brauchen und dafür müssen wir die bürokratischen Hürden weiter senken. Wir wollen ein zielgerichtetes Fachkräfte-Scouting in Ländern betreiben, die ähnliche Ausbildungen anbieten wie Österreich. Vereinzelt funktioniert das bereits, nun wollen wir das rasch ausbauen.

**SPÖ:** Ja, wir stimmen dieser Forderung zu. Ausreichend Personal hat zwei grundlegende Voraussetzungen: ein gutes Aus- und Weiterbildungsangebot sowie attraktive Arbeitsbedingungen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung ist noch viel zu tun. Echte Ausbildungs-offensiven in allen Berufsfeldern des Gesundheitswesens sind längst überfällig. Die Verdoppelung der Medizinstudienplätze gekoppelt mit der freiwilligen Verpflichtung, nach der Ausbildung dem öffent-



lichen Gesundheitswesen für eine bestimmte Zeit zur Verfügung zu stehen, würde mittelfristig zu einer Entspannung in diesem Bereich führen. Die kostenlose Pflegeausbildung in Verbindung mit einem Ausbildungsgehalt, 3.000 zusätzliche Ausbildungsstellen pro Jahr, existenzsichernde Unterstützung für Quereinsteiger:innen, bessere praktische Ausbildung usw. würden auch im Pflegesektor rasch zu mehr Personal führen. Zusätzlich gilt es, die Drop-out-Rate durch verbesserte Arbeitsbedingungen (z. B. durch verbindliche Vorgaben für die Ermittlung des Personaleinsatzes, keine Nachdienste allein, zusätzliche Erholungswoche für Pflegekräfte, altersgerechte Arbeitsplätze, schrittweise Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich, planbare Arbeitszeiten, bessere Entlohnung usw.) rasch zu reduzieren.

**FPÖ:** Keine Antwort.

**GRÜNE:** Dem stimmen wir zu. Mit den Pflegepaketen haben wir wichtige Schritte gesetzt und die Richtung vorgegeben: Von besseren Rahmenbedingungen für die Ausbildung über die Entlassungswoche für Pflegekräfte ab dem 43. Lebensjahr bis hin zu Anpassungen in Sachen Kompetenzen und eigenständigem Arbeiten. Jedem Personal soll ermöglicht werden, seinen Kompetenzen entsprechend zu arbeiten und dafür die faire Anerkennung zu bekommen. Es braucht Dienstplansicherheit, mehr Möglichkeiten zur Fortbildung und Höherqualifikation. Nun muss in Kooperation mit den Ländern weiter an einer kontinuierlichen Umsetzung gearbeitet werden.

**NEOS:** Ja, dieser Mangel muss jedenfalls behoben werden. Mit besseren Arbeitsbedingungen, mehr Wertschätzung und Kompetenzen für Pfl-

gekräfte sowie Bürokratieabbau. Zumindest bis kurz- bis mittelfristige Anpassungen greifen, zeigen Studien auch, dass eine Überbrückung mit Pflegepersonal aus dem Ausland nötig sein wird, und dafür benötigt es vereinfachte Verfahren bei der Rot-Weiß-Rot-Karte. Ohne bessere Arbeitsbedingungen wird aber auch das schwer gelingen. Der grundsätzliche Mangel an Personen (in absoluten Zahlen) scheint durch die Maßnahmen der letzten Jahre zwar besser geworden zu sein, allerdings stellt sich die Frage, wo welches Personal zur Verfügung steht. Geht man von einer wachsenden Zahl an Personal in PA, PFA und der gehobenen Pflege aus, ist ein großer Mangel in Fachbereichen zu sehen. Hier wurde in den vergangenen Jahren zu wenig auf Weiterbildung gesetzt – unseres Erachtens wäre es vernünftig, wie bei Ärzt:innen genauere Strukturvorgaben einzuführen und Krankenhäusern in Zukunft Ausbildungsstellen vorzugeben und damit eine bessere Personalplanung zu ermöglichen.

Das könnte sich auch auf die Attraktivität von Pflegeberufen auswirken. Oftmals wird nur ein Bild der helfenden Pflege, die sich aufopfern muss, vermittelt. Nach Jahren an Kranken- und Pflegebetten ist der Beruf für viele unattraktiv und anstrengend – durch mehr Weiterentwicklungspotenzial und mehr Durchlässigkeit zwischen Pflegeberufen könnten diese attraktiver werden: beispielsweise durch einen Wechsel in den Ausbildungsbereich statt Frühpension, Primärpflege in einem Kinder-PVZ nach Krankenhaustätigkeit oder einen Wechsel von einer Geriatrie-Station in die leitende Pflege in einem Heim usw.

**KPÖ:** Da unsere Spitzenkandidatin Bettina Prochaska selbst seit 40 Jahren in der Pflege tätig ist, sind die täglichen Herausforderungen bestens

bekannt. Um jene Kolleg:innen zu halten, die derzeit in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen arbeiten, braucht es eine Trendumkehr und es muss Ziel sein, niemanden mehr in diesen Tätigkeitsbereichen zu verlieren. Als KPÖ fordern wir daher:

- Bessere Bezahlung für alle! In den letzten Jahren wurde für Viele eine deutliche Verbesserung erreicht, jedoch haben unterschiedliche Berufsgruppen (Ordinationsassistent:innen, Pflegeassistent:innen, diplomierte Fachsozialbetreuer:innen) nicht von dieser Entwicklung profitiert.
- Bessere Personalplanung und Personalschlüssel. Im Langzeitbereich dürfen die Personalschlüssel kein alleiniges Ergebnis aus den Verhandlungen mit der Wirtschaftskammer sein. Es braucht Schlüssel, die mit dem tatsächlichen Aufwand übereinstimmen. Im stationären Bereich braucht es mehr Leute auf Station und keine Planungsinstrumente aus der Industrie.
- Reduktion der Arbeitszeit (siehe Frage 5).

Diese Forderungen können nicht alle von heute auf morgen umgesetzt werden, daher fordern wir einen nationalen Aktionsplan Gesundheit und Pflegeversorgung zur schrittweisen Umsetzung.

**BIERPARTEI:** Ja, wir stimmen zu. Hier sind unsere Maßnahmen: Attraktivierung des Pflegeberufs, klare Karrieremöglichkeiten, attraktive Teilzeitmodelle und echte Wertschätzung im Beruf. Wir fordern eine bessere Entlohnung der Pflegeausbildung, mit einem Gehalt im Gegenwert der Mindestsicherung (1.217,96 € netto/Monat) als unterste Grenze! Zudem fordern wir für Berufseinsteiger:innen Mentor:innenprogramme nach schwedischem Vorbild. Für bereits aktive Pflegepersonen fordern wir echte Wertschätzung durch bessere Arbeitsbedingungen, steuerfreie Überstunden, mehr Teilzeitangebote und eine bundesweit einheitliche elektronische Patientenakte.

**PETROVIC:** Viele Leistungen im Gesundheitssystem werden nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet, und nicht nach wirklicher Bedarfserhebung. Liegezeiten und Krankenhausaufenthalte werden ständig verkürzt, eine Folge der Umstellung auf die ICD-Codes. Gesundheit wurde zum Fließbandprodukt, der Turnover der

Patient:innen stieg ständig an. Immer schneller dreht sich das Rad von Aufnahme zur Entlassung, immer höher wurde die Belastung und es gab immer weniger Zeit für das wichtige Gespräch mit den kranken und beeinträchtigten Menschen. Es wurde viel ausgelagert in tagesstationäre Aufenthalte und in Nachbehandlungen in eigenen Rehabilitationszentren. Das mag einerseits Sinn machen, spart aber insgesamt kein Geld, jedoch bewirkte es folgendes: Der Workload in den Krankenhäusern wurde noch intensiver, man lernt die Patienten kaum noch kennen, sie werden durchgeschleust. Was bleibt, ist ein schaler Nachgeschmack beim Personal.

Nur mit umfassenden Evaluierungen, sicherlich individuell an unterschiedliche Stationen und Häuser angepasst, müsste herausgearbeitet werden, was funktioniert gut und was wieder besser laufen könnte. Es bringt sicherlich nichts, gut gemeinte und schnell exekutierte Änderungen in einem so sensiblen Bereich durchzuführen ohne umfassend, ehrlich und vor allem transparent über die bestehenden Umstände mit den betroffenen Berufsgruppen gesprochen zu haben, zumal so vieles in den letzten vier Jahren falsch gelaufen ist und so viele Menschen, die gute Arbeit leisteten, unter Druck gesetzt wurden.

**KEINE:** Dieser Forderung schließen wir uns uneingeschränkt an, da wir mit der Überlastung sowohl als Patient:innen als auch Beschäftigte in Gesundheitsberufen vertraut sind und die Folgen des Personalmangels unmittelbar spüren.

Der aktuelle Notstand ist das Ergebnis mangelnden Lösungswillens, Unfähigkeit und einer gewollten und systematischen Ökonomisierung des Gesundheitsbereichs der Regierungen der letzten Jahrzehnte. Der erste notwendige Schritt ist deshalb, das Gesundheitssystem aus den vermeintlichen Profitzwängen der Wirtschaft zu befreien. Konkret braucht es endlich gute Arbeitsbedingungen, inklusive kürzerer Arbeitszeiten und deutlich höherer Löhne, damit die Menschen in Gesundheitsberufen überhaupt ordentlich ihrer Aufgabe nachgehen können. Außerdem werden die betroffenen Berufe so auch wieder attraktiv für neues (und ehemaliges) Personal.

Unser Gesundheitssystem ist eine der zentralen Säulen unseres öffentlichen Wohlstands für alle. Deshalb sollen auch alle Menschen im Krank-

heitsfall die gleiche, bestmögliche Behandlung erfahren. Wir sind deshalb für ein Einklassen-Gesundheitssystem und für eine Beendigung privater Doppelgleisigkeiten. Öffentliches Steuergeld nur noch für das öffentliche Gesundheitssystem!

**2 Steuererleichterungen ab der 32. Wochenstunde: Durch Teilzeit fehlen in unseren Betrieben wöchentlich mehr als eine Million Arbeitsstunden, was 26.000 Vollzeitmitarbeiter:innen entspricht. Um attraktivere Arbeitsangebote für Teilzeitkräfte zu schaffen, fordern wir Steuererleichterungen ab der 32. Wochenstunde. Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja, wie würden Sie dies umsetzen?**



SPÖ, FPÖ, Grüne, KPÖ, Bierpartei, Petrovic, KEINE

ÖVP, NEOS

**ÖVP:** Ich will für mehr Leistungsgerechtigkeit in Österreich sorgen. In meinem Österreichplan habe ich eine Reihe an Maßnahmen erarbeitet, um die Vollzeit arbeitenden Menschen zu entlasten: Der Eingangssteuersatz muss von 20 Prozent auf 15 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig soll für jene, die Vollzeit arbeiten, ein jährlicher Vollzeitbonus von 1.000 Euro eingeführt werden. Zudem sollen alle Überstunden steuerfrei werden, um jene zu unterstützen, die mehr leisten, als sie müssten.

**SPÖ:** Die SPÖ lehnt steuerliche Förderungen und Begünstigungen der Vollzeitarbeit ab. Derlei Modelle benachteiligen insbesondere Frauen, die mehrheitlich Teilzeit arbeiten. Bevor man über die Begünstigung von Vollzeitarbeit spricht, müsste man für Rahmenbedingungen sorgen, die Vollzeitarbeit für Frauen ermöglichen. Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes wäre so eine Rahmenbedingung. Die Nachteile für die physische und psychische Gesundheit von Beschäftigten aufgrund überlanger Arbeitszeiten sind wissen-

schaftlich gut belegt. Für die SPÖ ist es gerade im Gesundheitsbereich entscheidend, die Arbeitszeitverkürzung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen rasch voranzutreiben. Damit wäre es für viele Arbeitnehmer:innen in diesem Sektor leichter, die Arbeit zu bewältigen.

**FPÖ:** Keine Antwort.

**GRÜNE:** Wir halten eine Arbeitszeitverkürzung und den Ausbau elementarer Bildungseinrichtungen, des ganztägigen Betreuungsangebots an Schulen sowie professioneller Pflege für weit besser als die steuerliche Begünstigung längerer Arbeitszeiten. Letztere kann nicht nur gesundheits- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv sein, sondern ist auch verfassungsrechtlich bedenklich. Es geht darum, psychische wie körperliche Arbeitsbelastung zu verringern, Hierarchien abzubauen, bessere Planbarkeit zu schaffen und so die Hauptursachen für Teilzeit direkt anzugehen.

**NEOS:** Arbeit muss definitiv attraktiver werden. Da stimmen wir zu. Es bestehen mittlerweile zu viele Anreize im Abgaben- und Förder- bzw. Transfersystem, die mehr Arbeit finanziell unattraktiv machen. Um diese Entwicklung auszugleichen, braucht es eine klare steuerliche Entlastung, damit sich mehr Arbeitsstunden auch wirklich mehr auszahlen.

Wir NEOS plädieren daher für eine Reform der Einkommensteuer-Tarifstufen, die die Steuerlast für alle Erwerbstätigen reduziert. Eine mutige Steuerentlastung muss unserer Meinung nach 10 Prozent mehr Netto ermöglichen. Um Vollzeitarbeit darüber hinaus finanziell attraktiver zu machen, fordern NEOS einen Vollzeitbonus in Form eines monatlichen steuerlichen Absetzbetrags in Höhe von 100 Euro.

**KPÖ:** Die hohe Teilzeitquote ist aus unserer Sicht auf den zunehmenden Arbeitsdruck zurückzuführen. Viele Beschäftigte würden gern, können aber aufgrund der hohen Belastung und der schlechten Rahmenbedingungen nicht mehr Wochenstunden arbeiten. Durch die hohe Teilzeitquote gibt es seit Jahren bereits eine Arbeitszeitreduktion auf dem Rücken der Beschäftigten, daher muss die Arbeitszeitreduktion im Vordergrund stehen.

**BIERPARTEI:** Auch wenn wir in der aktuellen Personalsituation Steuererleichterungen ab der 32. Wochenstunde nicht für die optimale Lösung halten, nehmen wir die Bedürfnisse der Pflegekräfte sehr ernst. Unser Ziel ist, durch gezielte Steuererleichterungen für Überstunden, attraktive Teilzeitmodelle und Bonuszahlungen für zusätzliche Leistungen eine spürbare Entlastung zu schaffen und den Pflegeberuf langfristig attraktiver zu machen. So können wir gemeinsam die Herausforderungen meistern und die Arbeit in der Pflege stärken.

**PETROVIC:** Wir sind nicht für eine Steuererleichterung nach der 32. Arbeitsstunde, da die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bewirken würde, dass auch mehr Pflegekräfte wieder eine Vollzeitstelle anstreben.

**KEINE:** Wer aufgrund von Personalmangel kurzfristig die eigene Arbeitszeit erhöht, muss dafür finanziell belohnt werden. Eine Senkung öffentlicher Einnahmen kann aber nicht der richtige Weg sein, um strukturelle Personalprobleme zu lösen. Viele Menschen in Gesundheitsberufen arbeiten bewusst Teilzeit und sollten durch solche Maßnahmen nicht in eine Vollzeitarbeit oder weiterer Selbstausbeutung „gedrängt“ werden. Höhere Löhne und eine generelle Arbeitszeitverkürzung tragen weitaus effektiver und nachhaltiger dazu bei, die Personalsituation zu entspannen.

**3 Existenzsichernde Anstellung aller Auszubildenden: Erfolgreiche Projekte in mehreren Bundesländern zeigen, dass eine existenzsichernde Anstellung für Auszubildende im Gesundheits- und Pflegebereich möglich und notwendig ist. Stimmen Sie zu, dass alle Auszubildenden existenzsichernd angestellt werden sollten? Wenn ja, welche Maßnahmen sehen Sie vor, um dies sicherzustellen?**

-  SPÖ, Grüne, NEOS, KPÖ, Bierpartei, KEINE
-  ÖVP, FPÖ
-  Petrovic

**ÖVP:** Ich habe mich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass jene, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, auch finanziell unterstützt

werden müssen. Mit dem neuen sogenannten Ausbildungsbeitrag bekommen alle, die eine Ausbildung zu einem Pflegeberuf machen, mindestens 600 Euro pro Monat. Das Pflegestipendium unterstützt darüber hinaus Personen beim Umstieg in Pflegeberufe mit mindestens 1.400 Euro im Monat. Gleichzeitig wurde die Pflegelehre umgesetzt, die zwischen drei oder vier Jahren dauert und mit einem Lehrabschluss als Pflegefachassistentin bzw. Pflegeassistentin endet.

**SPÖ:** Wir fordern schon seit langem, dass Pflege-schüler:innen während der Ausbildung 2.300 Euro brutto pro Monat (angelehnt an die Ausbildung der Polizeischüler:innen) und das Klimaticket gratis bekommen sollen. Außerdem muss die Ausbildung auch kostenfrei sein, das heißt Entfall der FH-Gebühren.

**FPÖ:** Keine Antwort.

**GRÜNE:** Es wurden dazu bereits Schritte gesetzt: Etwa mit dem Pflegestipendium und dem Pflegeausbildungszuschuss von 600 Euro pro Praktikumsmonat. Die Umsetzung einer obligatorischen Anstellung fällt leider nicht in die kompetenzrechtlichen Möglichkeiten des Bundes, aber klar ist, dass zukünftig angesichts des Arbeitskräftemangels jene Dienstgeber:innen einen Vorteil haben werden, die eine Ausbildung in der Anstellung anbieten. Dies so schnell wie möglich – etwa mit einer Vereinbarung der Bundesländer – umzusetzen, sollte daher der nächste Schritt einer Pflegereform sein.

**NEOS:** Ähnlich wie es für Praktika eine Bezahlung geben sollte, kann dies hier genauso gewertet werden. Grundsätzlich spricht absolut nichts dagegen, dass zumindest während der Praxiszeiten ernstzunehmende Entlohnung erfolgt. Hier müssten sich nur die Arbeitgeber dazu durchringen, ihre Verantwortung gegenüber dem Personal ernst zu nehmen. Gerade da der Staat hier der größte Arbeitgeber ist, sollte er diese Verantwortung wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

**KPÖ:** Wir fordern die Einführung eines Modelles ähnlich der Polizeiausbildung, z. B.: Eine Anstellung an den einzelnen Landesschulen bei Bund oder Land. Somit wären die unterschiedlichen



Praktika während der Ausbildung ebenfalls endlich bezahlt. Derzeit liegt das Gehalt für das erste Jahr bei 2.100 Euro brutto.

**BIERPARTEI:** Ja, wir stimmen zu. Wir fordern eine bundesweit einheitliche Mindestvergütung, die auf keinen Fall weniger als der Gegenwert der Mindestsicherung sein darf, z.B. in Form eines steuerfreien Stipendiums oder einer regulären Ausbildungsvergütung. Ausbildungsbetriebe sollen zudem durch Förderprogramme finanziell unterstützt werden.

**PETROVIC:** Es klingt vielversprechend, dass es solche Projekte gibt, dennoch plädieren wir dafür, sich diese gut funktionierenden Projekte genau anzuschauen und abzuschätzen, ob sie auf alle Häuser und Fachbereiche ausdehnbar sind. Auch hier ist maximale Transparenz erforderlich. Nicht jeder Auszubildende ist geeignet für den Pflegeberuf, es handelt sich um einen Beruf mit hohen Anforderungen an die soziale Intelligenz und an ein hohes Verantwortungsbewusstsein. Die Ausbildung für diplomiertes Krankenpersonal wurde in den letzten Jahren verändert und durch eine Lehre in der Pflege ergänzt, sowie es auch andere Änderungen gab. Das muss man sich genau anschauen, bevor man hier Versprechungen und Gleichstellungen für alle Berufsgruppen fordert.

**KEINE:** Ja, auch Menschen in Ausbildung müssen sich ihr Leben leisten können. Um das sicherzustellen, braucht es einen bundesweiten Rechtsanspruch sowie eine österreichweit einheitliche Regelung für Auszubildende.

**4** **Schwerarbeit für alle Beschäftigten in Gesundheit und Pflege: Die aktuelle Schwerarbeitsverordnung ist bürokratisch und beinahe immer ablehnend. Es ist notwendig, die wesentlichen Bedürfnisse der Beschäftigten besser abzubilden. Stimmen Sie zu, dass die Schwerarbeitsverordnung reformiert werden muss? Wenn ja, wie beabsichtigen Sie, diese Reform umzusetzen?**

- 👍 SPÖ, KPÖ, Bierpartei, KEINE
- 👎 ÖVP, FPÖ, Petrovic
- 👉 Grüne, NEOS

**ÖVP:** Es braucht einen Bürokratieabbau, insbesondere auch im Gesundheitsbereich. Von den Rahmenbedingungen für besonders belastende Berufstätigkeiten sind bereits jetzt bestimmte Gesundheits- und Pflegeberufe umfasst. Uns ist es wichtig, dass wir in Österreich die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Pflegebetreuung schaffen. Dazu gehört, dass die Gehaltszuschüsse weiter ausgezahlt werden oder auch die sechste Urlaubswoche ab 43 Jahren hinzukommt. Diese Maßnahmen werden auch langfristig abgesichert.

**SPÖ:** Die SPÖ ist die einzige Partei, die bereits seit Jahren den erleichterten Zugang für das Pflegepersonal zur Schwerarbeitspension fordert. In der Pflege arbeiten über 80 Prozent Frauen. Das Pensionsantrittsalter der Frauen steigt ab 2024 schrittweise bis 2033 auf 65 Jahre an. Die physischen und psychischen Belastungen nehmen ständig zu. Für Basismitarbeiter:innen sind die beruflichen Belastungen mit zunehmendem Alter immer schwerer zu schaffen. Ein verbesserter Zugang zur Schwerarbeitspension durch Einbeziehung der gesamten Berufsgruppe in die Schwerarbeitsverordnung ist daher dringend umzusetzen.

**FPÖ:** Keine Antwort.

**GRÜNE:** Ja, die Grünen streben eine Modernisierung der Schwerarbeitspension an, die sich an der beruflichen Realität schwer arbeitender Frauen etwa in Pflege- und Gesundheitsberufen orientiert. So lange Schwerarbeit (und die Schwerarbeitspension) an 45 Versicherungsjahre und einen fiktiven Mindestverbrauch an Kalorien gebunden ist, haben Frauen, aber auch viele männliche Arbeitnehmer in Schwerarbeitsberufen keinen gleichberechtigten Zugang.

**NEOS:** Wir stimmen zu, dass Umsetzung und Antragsstellung mit zu hohem bürokratischem Aufwand verbunden sind. Eine Erweiterung für Pfl-

geberufe, die dem Arbeitsalltag gerecht wird, ist jedenfalls zu prüfen.

**KPÖ:** Pflege ist Schwerarbeit. Viele der Beschäftigten haben aufgrund von psychischen oder physischen Belastungen das Arbeitsausmaß reduziert und laut Umfragen der Arbeiterkammer werden über 70 Prozent nicht bis zur Pension in der Pflege beschäftigt sein. Es braucht eine Reparatur der geltenden Regelung:

- Ein Großteil der Beschäftigten ist nicht im Vollzeitausmaß tätig und diese müssen auch berücksichtigt werden.
- Die psychische Herausforderung muss vollumfänglich anerkannt werden. Durch die Zunahme von komplexen und psychischen Erkrankungen (z. B. Demenz) wird der Druck auf die Beschäftigten weiter steigen. Dies muss endlich wertgeschätzt werden.
- Vollumfängliche Berücksichtigung aller Nachtdienste und der Ausbildungszeiten.

**BIERPARTEI:** Ja, wir stimmen zu. Wir fordern eine Anpassung der Kriterien für Schwerarbeit an die realen Belastungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Zudem sollen die Antragsverfahren vereinfacht und digitalisiert werden, um eine schnellere Anerkennung zu ermöglichen. Wir setzen uns auch für frühere Altersteilzeit und zusätzliche Erholungszeiten ein.

**PETROVIC:** Wir denken, dass mit der 35-Stunden-Woche eine deutliche Reduktion der Belastung stattfindet und die Berufsgruppe endlich die Anerkennung findet, die sie braucht. Welche Berufsuntergruppen noch unter die Schwerarbeitsregelung fallen, muss man sich dann genau anschauen.

**KEINE:** Ja, es gibt viele Berufe, wie eben jene in Gesundheit und Pflege, die Schwerarbeit sind und deshalb als solche anerkannt werden müssen. Im Parlament werden wir nicht aufhören, breitenwirksam für die Rechte von Menschen im Gesundheitssystem einzutreten und die politischen Gegner der Einklassen-Gesundheit so lange mit allen Mitteln zu konfrontieren, bis die Zustände in unserem Gesundheitssystem von niemandem mehr ignoriert werden können.

**5** **Stufenweise Anpassung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden: Der hohe Teilzeitanteil (31,9 Stunden durchschnittliche Arbeitszeit) zeigt, dass viele Beschäftigte die vollen Wochenstunden nicht durchhalten können. Eine stufenweise Senkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ist daher dringend notwendig. Stimmen Sie zu, dass die Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden reduziert werden sollte? Wenn ja, welche Schritte werden Sie unternehmen, um dies zu realisieren?**

 SPÖ, Grüne, KPÖ, Bierpartei, Petrovic, KEINE  
 ÖVP, FPÖ, NEOS  


**ÖVP:** Eine Verkürzung der Normalarbeitszeit kommt für mich nicht in Frage. Ziel muss es sein, mehr Menschen in eine Vollzeitbeschäftigung zu bringen. Dafür müssen wir auch weiterhin die Grundlagen schaffen. Dazu zählt die Schaffung von Anreizen für Vollzeitarbeit und die Förderung von Überstunden durch steuerliche Entlastungen. Auch der Einkommensunterschied zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit soll deutlich größer werden.

**SPÖ:** Ja, die SPÖ steht für eine schrittweise Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich: Die Arbeitsrealität in den Pflegeberufen ist durch permanente Mehrarbeit bzw. Überstunden gekennzeichnet, was vielfach zu einer großen Anzahl von Teilzeitvereinbarungen, Burn-out, Langzeitkrankenständen und vorzeitigem Berufsausstieg führt. Arbeitszeitreduktion vermindert diese Arbeitszeitverluste und trägt damit zur Sicherung des Leistungsniveaus bei.

**FPÖ:** Keine Antwort.

**GRÜNE:** Ja, wir stimmen dem Befund zu und treten auch für die stufenweise Senkung der Wochenarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich ein. Das bedarf politischer Mehrheiten im Nationalrat. Eine weitere Möglichkeit ist es, spezifische Regelungen in den Bestimmungen für Schutzmaßnahmen für das Krankenpflegepersonal zu erweitern,

wie es in den Pflegereformen in Verantwortung der Grünen mehrfach passiert ist. Zielführende Schritte können aber auch in Kollektivverträgen gesetzt werden.

**NEOS:** In einigen Kollektivverträgen sind schon niedrigere Wochenarbeitszeiten vorgesehen. Allerdings hängt es auch hier vom einzelnen Arbeitsumfeld ab, welche Form von Arbeit in welchem Ausmaß zu Belastungen führt. Wichtig ist auch, dass Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Kinderbetreuung, in einem passenden Ausmaß zur Verfügung stehen. Dort, wo es aufgrund einer größeren Belastung nötig ist, wie beispielsweise in Krankenhäusern oder Pflegeheimen, sollte eine niedrigere Wochenarbeitszeit kollektivvertraglich vereinbart werden können.

**KPÖ:** Während in vielen Berufsgruppen durch den technischen Fortschritt tatsächlich Erleichterungen für die Beschäftigten (z.B.: Homeoffice) möglich werden, werden Gesundheits- und Pflegeberufe immer mit den Menschen stattfinden.

Die KPÖ fordert daher einen nationalen Aktionsplan Gesundheit und Pflege, der nicht nur Werbemaßnahmen vorsieht, sondern tatsächliche strukturelle Änderungen mit sich bringt. Diese sollen schrittweise umgesetzt werden, daher darf keine Zeit mehr verloren werden.

1. Unmittelbare Verbesserungen:

- Gehaltsanpassung
- Verpflichtende und österreichweite einheitliche Personalbedarfsplanung und Personalschlüssel
- Schrittweise Reduktion der Arbeitszeit – Ziel 32-Stunden-Woche in allen KV im Gesundheits- und Pflegebereich

2. Mittelfristig einen Ausbau der Ausbildungsplätze für diplomierte Pflegekräfte, da aktuell hier der Flaschenhals besteht:

- Ausbildungskapazitäten annähernd dem Bedarf anpassen
- Durch die steigende Anzahl an Absolvent:innen soll es mittelfristig möglich sein, den Fokus auch verstärkt auf Prävention und Gesundheitsförderung zu legen.
- Neue Karrieremodelle entwickeln (Gemeindepflege, Demenztageszentren)

- Fokus auf Prävention und Gesundheitsförderung (Gemeindepflege/Schulpflege)
3. Zusätzlich braucht es eine Entlastung betreuender Angehöriger (Anstellung pflegender Angehöriger nach dem Grazer Modell).

**BIERPARTEI:** Eine Reduktion der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden kann einen Anreiz schaffen, mehr Menschen im Pflegeberuf zu halten. Wir müssen außerdem den Fokus auf eine bessere Planbarkeit der Dienste und flexible Teilzeitmodelle legen. So schaffen wir eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

**PETROVIC:** Dieser Punkt ist meines Erachtens nicht nur der Wichtigste, sondern auch einer, der – wenn ich mich recht erinnere – einer mindestens vier Jahre alten Forderung der Pflege entspricht. Im Jahr 2020, als die Covidkrise ausbrach, wurde die 35-Stunden-Woche wiederholt diskutiert und obwohl die Politik die Pflege wie das gesamte Gesundheitspersonal zu Helden stilisierte, kam sie diesen Forderungen nicht nach. Die Pflege ist ein klassischer Frauenberuf und entsprechend schlechter bezahlt als andere durchaus nicht so verantwortungsvolle und wichtige Berufe.

Wir von der Liste Madeleine Petrovic stimmen dieser Forderung vollinhaltlich zu. Die Pflege erledigt in unserer Gesellschaft eine der verantwortungsvollsten und psychisch wie physisch anstrengendsten Berufe der Welt. Er war schon in den 80er Jahren von so schlechten Arbeitsbedingungen begleitet, dass er selten bis ins pensionspflichtige Alter ausgeübt wurde.

Wir werden im Parlament für die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden für die Pflegeberufe eintreten.

**KEINE:** Ja, auf jeden Fall und nicht nur in den Gesundheitsberufen. Nach 40 Jahren ist es längst Zeit für die nächsten Schritte der Arbeitszeitverkürzung. Wir alle leben heute fast nur noch, um zu arbeiten. Der Dauerstress schadet unserer Gesundheit, sozialen Beziehungen, Familien und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Arbeitszeitverkürzung war immer ein Erfolgsmodell. Wir haben sie uns auch heute wieder erarbeitet und verdient. Auch dieses Thema hat für unsere Arbeit im Parlament höchste Priorität. ●

# Online-Vorträge rund um die Elternschaft



**VORANKÜNDIGUNG:**  
Die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft  
veranstaltet zukünftig Webinare zu den Themen  
"Mutterschutz, Karenz und  
Kinderbetreuungsgeld".

1. Termin:  
10. Oktober 2024  
um 14.00 Uhr

Anmeldungen unter unserer E-Mailadresse: [gesundheitsgewerkschaft@goed.at](mailto:gesundheitsgewerkschaft@goed.at).

 **GÖD**  
GESUNDHEITSGEWERKSCHAFT  
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

**MITEINANDER MEHR  
GERECHTIGKEIT  
FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE**

## IMPRESSUM

„GÖD Gesundheitsgewerkschaft“ ist die Zeitschrift der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Medieninhaber und Verleger: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH., Teinfaltstraße 7, 1010 Wien. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Reinhard Waldhör, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/53454-218, E-Mail: [gesundheitsgewerkschaft@goed.at](mailto:gesundheitsgewerkschaft@goed.at). Konzeption, Redaktion, Produktion: Modern Times Media Verlagsges.m.b.H., Lagergasse 6/2/35, 1030 Wien, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wienerstraße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken muss. ©GÖD – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Text und Design des vorliegenden Druckwerks sind urheberrechtlich geschützt. Jeder Missbrauch wird geahndet.

**Telefonische Adressenberichtigung: 01/534 54-139**

Österreichische Post AG • MZ 17Z040987 M • GÖD, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien • nicht retournieren

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Nr.

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort